

Ihre Gesprächspartner:innen:

Andreas Stangl

Dr.ⁱⁿ Karoline Mitterer

Präsident der AK Oberösterreich

Studienautorin und

Gemeindefinanzexpertin des KDZ

**AK-Studie zu Gemeindefinanzen zeigt:
Lebensqualität in den Gemeinden in Gefahr**

Pressekonferenz

Mittwoch, 4. Juni, 10.30 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Oberösterreichs Gemeinden sichern, erhalten und gestalten wichtige Orte wie unter anderem Kinderbildungseinrichtungen, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Pflichtschulen. Zudem erledigen sie zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie etwa die Wasserversorgung. All das ist die Basis für eine gute Lebensqualität in Oberösterreich. Doch genau diese ist bedroht. Die finanzielle Lage der Gemeinden ist angespannt und wichtige Zukunftsinvestitionen werden dadurch immer schwieriger. Das zeigt eine aktuelle Studie des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung im Auftrag der Arbeiterkammer.

Immer mehr Gemeinden können sich Investitionen de facto nicht mehr leisten. Was droht, ist ein Investitionsrückstau, der sich in weiterer Folge auf ihre Leistungsfähigkeit auswirkt. Um das zu verhindern und die hohe Lebensqualität gewährleisten zu können, müssen die Gemeindefinanzen nachhaltig gesichert werden. Zudem müssen Zahlungsströme entflechtet und die Umlagenbelastung durch das Land verringert werden.

Die AK Oberösterreich hat eine Studie beim KDZ in Auftrag gegeben, welche die finanziellen Spielräume der oberösterreichischen Gemeinden in Bezug auf die Finanzierung des laufenden Betriebs sowie von Zukunftsinvestitionen analysiert. Dazu werden die Rahmenbedingungen für Klimaschutzinvestitionen betrachtet und Handlungsempfehlungen herausgearbeitet, wie finanzielle Spielräume der Gemeinden vergrößert werden könnten.

Gute Lebensqualität für alle Arbeitnehmer:innen

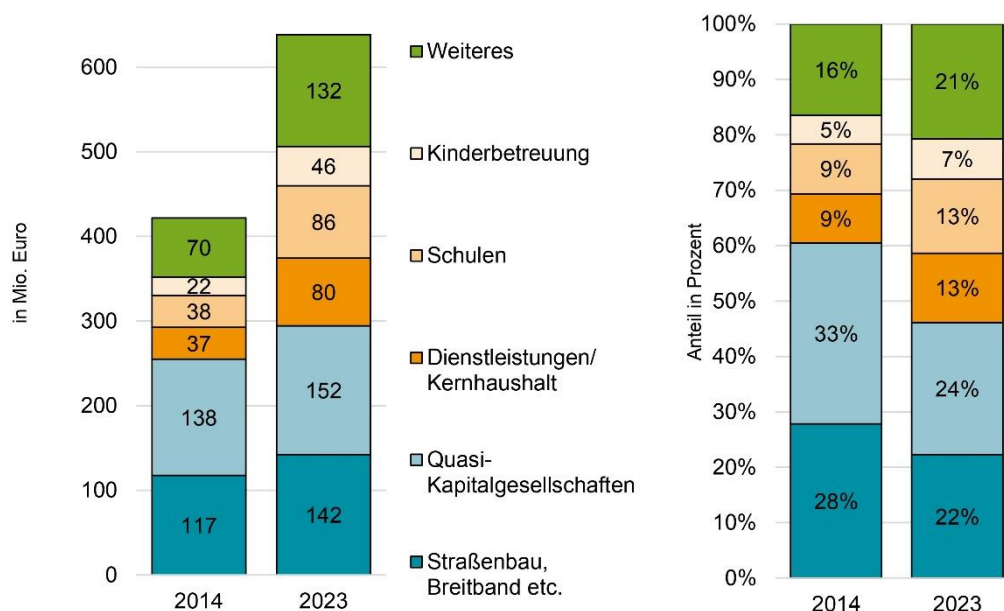
Welche Infrastruktur findet die Bevölkerung in ihren Heimatgemeinden vor? Welche Formen der Erholung gibt es? Stehen genügend Bildungs- und Betreuungsplätze für ihre Kinder zur Verfügung? Und wie sieht es in Krankheitsfällen aus oder wenn ein Pflegeplatz benötigt wird? All diese Fragen sind für die AK-Mitglieder entscheidend. Für die Arbeiterkammer steht fest: Nur wenn die Gemeinden gestärkt werden, kann die Lebensqualität für die Arbeitnehmer:innen gesichert werden.

Gemeinden sind wichtige Investorinnen

Im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften investieren Gemeinden im Verhältnis zu ihren Einnahmen viel. Mit bis zu 30 Prozent der öffentlichen Investitionen sind Gemeinden zentrale Akteurinnen der Infrastrukturerhaltung und -entwicklung. Besonders betroffen sind Bereiche, die zentral für unsere Lebensqualität sind: von der

Daseinsvorsorge über die Elementarbildung, die Sanierung und den Ausbau von Fuß- und Radinfrastruktur, der Gemeindestraßen und Erhaltung der Pflichtschulen, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen bis zum Klimaschutz und vielem mehr. Kommunale Infrastruktur ist die Grundlage für ein attraktives Oberösterreich, in dem die Menschen gerne leben und arbeiten. Es kommen in nächster Zeit hohe Investitionsbedarfe auf die Gemeinden zu. Wenn diese tatsächlich umgesetzt werden, hat dies auch positive Effekte auf die regionale Wirtschaft. Durch die Aufträge können Arbeitsplätze gesichert werden.

Investitionen der oberösterreichischen Gemeinden nach Aufgabenbereichen (ohne ausgelagerte Einheiten), 2014-2023:



Quelle: Berechnungen des KDZ (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten und Öffentliche Finanzen von 2014 bis 2023

2023 haben Oberösterreichs Gemeinden Investitionen in Höhe von 638 Mio. Euro getätigt. Die Investitionen in die Kinderbildung und -betreuung und in Schulen und Dienstleistungen, vor allem in den Ver- und Entsorgungsbereich, sind gestiegen. Der Anteil der Investitionen in den Straßenbau und von Quasi-Kapitalgesellschaften, ebenfalls vorwiegend in den Ver- und Entsorgungsbereich, ist gesunken. Der Rest („Weiteres“) betrifft zum Großteil Feuerwehren, Gemeindeimmobilien und Sporteinrichtungen.

Rücklagen in vielen Gemeinden bereits aufgebraucht

In der Vergangenheit konnten Gemeinden auf Eigenmittel zur Finanzierung von Investitionen zurückgreifen. Seit 2023 ist das jedoch nicht mehr der Fall. Zudem waren kommunale Investitionsprogramme des Bundes eine Stütze. Aufgrund der gesamtsstaatlichen Konsolidierungserfordernisse kann in den nächsten Jahren jedoch mit keinem zusätzlichen Ausgleich über den Bund gerechnet werden. Auch die Investitionszuschüsse vom Land Oberösterreich (Gemeinde-Bedarfszuweisungen und Landesförderungen) sind laut KDZ-Studie rückläufig. Insgesamt bleiben die Kapitaltransfers von Trägern öffentlichen Rechts¹ immer weiter hinter dem Anstieg der Investitionen der Gemeinden zurück. Damit muss ein immer größerer Anteil der kommunalen Investitionen von den Gemeinden selbst getragen werden. Das Problem: Die Rücklagen vieler Gemeinden sind aufgebraucht. Dazu kommt, dass angesichts der aktuellen Gemeindefinanzprognosen keine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Situation der oberösterreichischen Gemeinden absehbar ist, sofern nicht gegengesteuert wird. Eine große Anzahl an Gemeinden ist bereits oder wird mit Liquiditätsproblemen konfrontiert sein und somit auch mit Schwierigkeiten, die kommunale Daseinsvorsorge in der bisherigen Qualität aufrechtzuerhalten. Ein Rückgang der Investitionstätigkeit der Gemeinden ist wahrscheinlich, auch wenn dieser durch die Vereinfachung des kommunalen Investitionsprogramms etwas abgefedert werden dürfte.

Einnahmen-Ausgaben-Schere

Die Ertragsanteile² sind die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden. Ob sie Investitionen tätigen können, hängt auch stark von der Entwicklung der Ertragsanteile ab. 2023 zeigten sich erstmals deutliche Mindereinnahmen aufgrund der Steuerreformen, ohne Gegenfinanzierung. Gleichzeitig sind die Ausgaben inflationsbedingt deutlich gestiegen. Damit hat sich eine Einnahmen-Ausgaben-Schere geöffnet, die auch in den Folgejahren nicht geschlossen werden kann. So wird heuer mit rund 45 Prozent an Abgangsgemeinden gerechnet. Sie können ihren laufenden Betrieb nicht mehr mit laufenden Einnahmen decken und sind daher auf Unterstützung durch die Länder angewiesen. Für diese Gemeinden bestehen keine Spielräume für Investitionen mehr und es gelten die strengen Härteausgleichskriterien. Die Kriterien umfassen etwa die Bereiche Investitionen, Instandhaltungen, Feuerwehren, Frei- und Hallenbäder,

¹ Kapitaltransfers von Trägern öffentlichen Rechts beinhalten insbesondere die Mittel aus den Gemeindebedarfszuweisungsmitteln, Landesfördermitteln und Bundesfördermitteln.

² Ertragsanteile sind jener Teil der gemeinschaftlichen Steuereinnahmen des Bundes, den die Gemeinden bekommen.

Kinderbetreuung und Pflichtschulen, Sportanlagen, Büchereien, Winterdienst, Friedhöfe, Energieaufwand, Tourismus, Raumordnung, Kassenkredite, Gemeindeabgaben und Rücklagen.

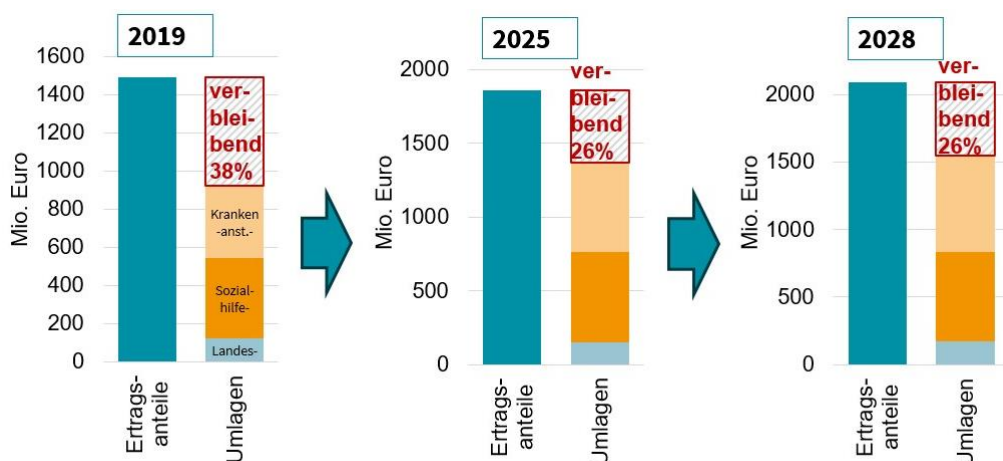
Bundesländervergleich: Umlagenbelastung in Oberösterreich besonders hoch

Die finanzielle Lage der oberösterreichischen Gemeinden ist besonders angespannt, weil die Ertragsanteile nicht im gleichen Tempo wie die Ausgaben wachsen. Für diese Entwicklung mitverantwortlich sind die Umlagen: Damit kofinanzieren Gemeinden eigentliche Landesaufgaben.

Die Umlagenbelastung ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Die höchsten Umlagen³ pro Kopf wiesen im Jahr 2023 die Gemeinden in Oberösterreich und Kärnten aus. Beachtenswert ist auch die dynamische Entwicklung der Umlagen in den Jahren 2019 bis 2023 mit plus 30 Prozent in Oberösterreich.

Durch die hohen Umlagen, die Oberösterreichs Gemeinden an das Land zahlen, kommt es zu einer Verschiebung der Finanzkraft von den Gemeinden zum Land.

Verbleibende Ertragsanteile nach Umlagen der oberösterreichischen Gemeinden, 2019, 2025 und Prognose 2028:



Quelle: Berechnungen des KDZ (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten, KDZ Gemeindefinanzprognose (Mai 2025)

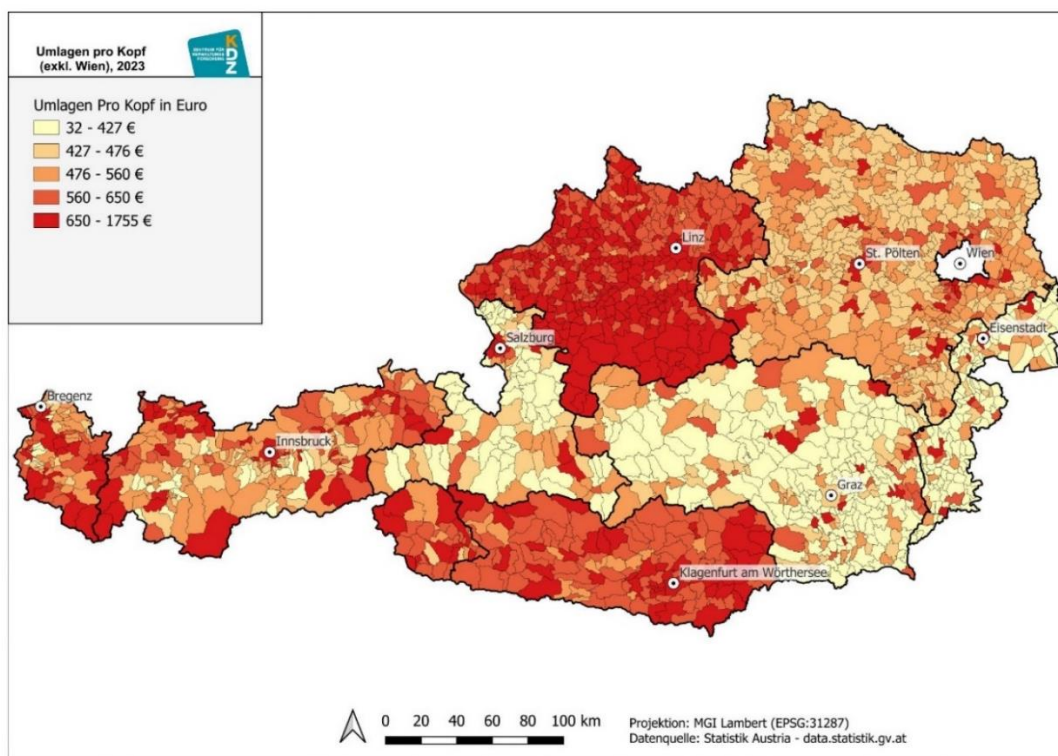
Die Abbildung stellt die Ertragsanteile und die drei wichtigsten Umlagen miteinander in Beziehung. Da sich die Umlagen dynamischer entwickeln als die Ertragsanteile,

³ Summe von Sozialhilfe-, Krankenanstalten- und Landesumlage

steigt deren Bedeutung von Jahr zu Jahr. So verbleiben den Gemeinden immer weniger Mittel für die Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge und damit für Aufgaben, die wichtig für das Funktionieren unseres Zusammenlebens sind.

Pro Euro an Ertragsanteilen (= Anteil der gesamten Einnahmen des Bundes, den die Gemeinden bekommen) bleiben den oberösterreichischen Gemeinden nach Abzug der Umlagen heuer nur mehr 26 Cent übrig, im Österreichschnitt sind es 41 Cent. Die hohe Umlagenlast hat auch zur Folge, dass in Oberösterreich besonders viele Gemeinden eine unterdurchschnittliche öffentliche Sparquote⁴ aufweisen.

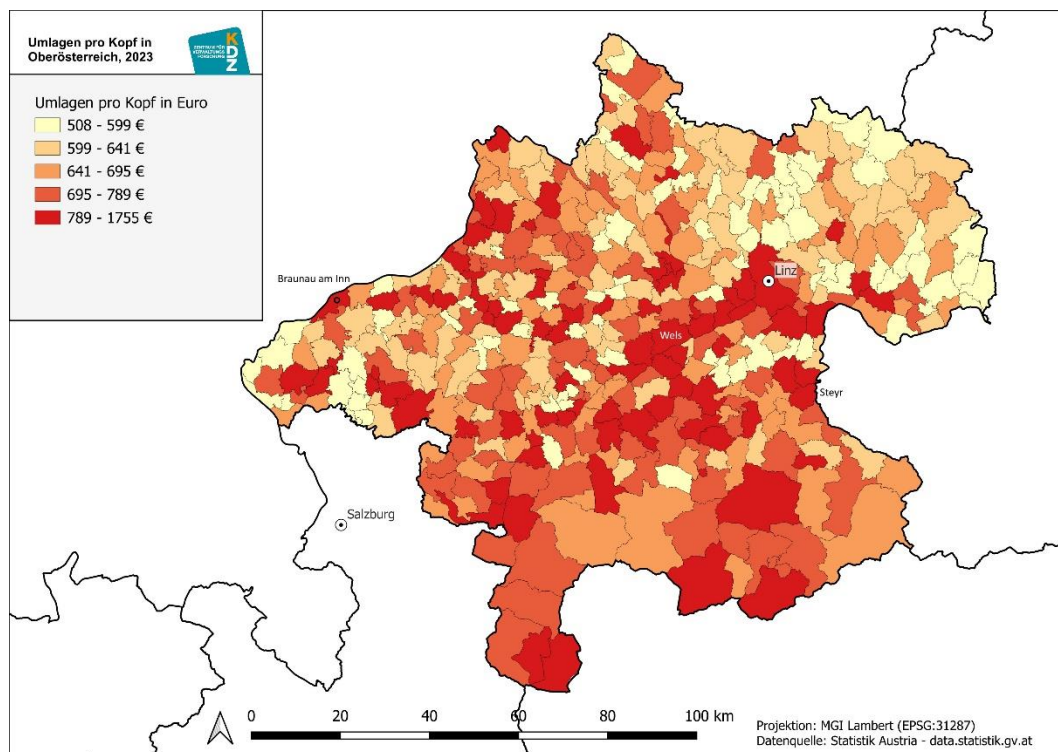
Von den Gemeinden zu leistende Umlagen pro Kopf ohne Wien, 2023



Quelle: Berechnungen des KDZ (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023

⁴ Die öffentliche Sparquote gibt an, inwieweit die operativen Einzahlungen die operativen Auszahlungen übersteigen und damit Spielräume für Investitionen sowie Darlehenstilgungen verbleiben.

Umlagen der oberösterreichischen Gemeinden pro Kopf, 2023



Quelle: Berechnungen des KDZ (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023

Oberösterreichs Gemeinden verzeichnen niedrige Pro-Kopf Investitionen

Im Bundesländervergleich weisen Oberösterreichs Gemeinden geringe Pro-Kopf Investitionen aus. Das gilt insbesondere für die Region Pyhrn-Priel, die Nationalpark-Region im Südosten und für Teile des Salzkammerguts. Auch die Investitionsdynamik ist im Vergleich mit anderen Bundesländern deutlich geringer, mit einem Anstieg von nur 44 Prozent von 2014 auf 2023 (im Österreichschnitt waren es + 78 Prozent). Die Investitionszuschüsse von Bund und Land zeigen keine steigende Tendenz. Gemeinden mussten dadurch einen immer größeren Anteil ihrer Investitionen selbst finanzieren.

Die Verschuldung der Gemeinden ist dennoch moderat, muss aber im Zusammenhang mit den vergleichsweise geringen kommunalen Investitionen gesehen werden. Zu wenig investiert wird beispielsweise in die Elementarpädagogik und die Schulen. Die niedrigen Investitionen in die Kinderbildung und -betreuung gehen mit relativ wenig ausgebauten Leistungsangeboten einher, was unter anderem die vergleichsweise niedrige Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder erklärt. Und die Beschäftigten in der Kinderbildung und -betreuung stehen unter enormen Druck.

Die Prognosen für die Gemeindefinanzen zeigen weiter sinkende finanzielle Spielräume im laufenden Bereich, wodurch mittelfristig auch Investitionen noch weiter eingeschränkt werden.

Die niedrigen Investitionen betreffen auch den Klimaschutz, obwohl es in Oberösterreich vergleichsweise viele Förderungen für den Energiesektor und teilweise für thermische Sanierungen gibt. Relativ gering fallen die Landesförderungen im Bereich Mobilität aus. Verbesserungspotenzial gibt es zudem beim Zugang zu und der Komplexität von Förderungen. Ein zentrales Problem bei der Förderung von Klimainvestitionen in Oberösterreichs Gemeinden ist, dass viele Gemeinden die nötigen Eigenmittelanteile de facto nicht mehr aufbringen können.

Forderungen der Arbeiterkammer Oberösterreich

- Die Finanzierung der Gemeinden muss nachhaltig gesichert und die Umlagenbelastung durch das Land Oberösterreich verringert werden. Hätte die Höhe der Umlagen im Jahr 2023 in Oberösterreich dem Österreichschnitt entsprochen, wäre die öffentliche Sparquote von 5,8 auf 12,9 Prozent gestiegen und damit ein wesentlicher finanzieller Spielraum geschaffen worden.
- Das Land Oberösterreich soll eine lenkungswirksame Leerstandsabgabe schaffen, die das Angebot an Wohnraum erhöht.
- Eine politische Strategie für eine Infrastruktur-Investitionsoffensive, insbesondere für die Bereiche der Daseinsvorsorge und Elementarpädagogik, um zu verhindern, dass sich die Ausgabenkonkurrenz weiter verschärft und Gemeinden zwischen den für unsere Lebensqualität wichtigen Bereichen priorisieren müssen.